

1. Mai 2003

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, euch hier begrüßen zu können. Ich habe mir einen viel kleineren Kreis vorgestellt - um so schöner, dass es so viele geworden sind.

Vor wenigen Wochen hat Herr Westerwelle für die FDP erklärt, man wolle am 1. Mai gegen die Gewerkschaften mobilisieren. Bisher habe ich nicht viel davon gesehen. Man ist versucht zu sagen:

Ein bisschen schnelle  
Herr Westerwelle

In der heutigen Zeit am 1. Mai zu sprechen, bedeutet, sich mit Problemen auseinanderzusetzen. Man kann nicht einfach auf die Erfolge der Vergangenheit verweisen und mit einem mutigen Blick nach vorne rufen: Weiter so. Viereinhalb Millionen offiziell registrierter Arbeitsloser sprechen eine deutliche Sprache. Geringe Wachstumsraten zeigen, dass man in vielen Bereichen unserer Gesellschaft auf der Stelle tritt. Staatliche Sozialleistungen und auch die staatliche Nachfrage werden immer mehr zurückgefahren. Europäischen Stabilitätskriterien gerecht zu werden und die Verschuldung abzubauen - das ist ein Ziel - wie von Gott gegeben. Keiner wagt mehr die These, dass es uns allen vielleicht sehr viel besser gehen würde, wenn die Staatsverschuldung ein wenig höher wäre. Was haben wir denn davon, wenn wir eines Tages einen ausgeglichenen Haushalt haben, dafür aber 6, 7 oder 8 Millionen Arbeitslose? Wir brauchen mehr Nachfrage in der Binnenwirtschaft - nur dann kommt es zu neuen Arbeitsplätzen, nur dann florieren Handel, Handwerk und Industrie.

Lassen Sie mich vier Problembereiche aufgreifen, wo der Handlungsbedarf am größten ist.

Zur Rentenversicherung. Was wir zurzeit erleben, ist ein absurdes Theater. Auf der einen Seite gehört man schon ab 50 zu den Älteren, schwer Vermittelbaren; ab 55 hat man Altersteilzeit und Vorruhestand im Blick. Arbeitnehmer, die älter als 60 sind, muss man in den Betrieben mit der Lupe suchen; wahrscheinlich wird man sie bald unter Artenschutz stellen müssen.

Auf der anderen Seite will die Rürup-Kommission die Altersgrenze auf 67 Jahre heraufsetzen. Angeblich nützt dies der Rentenkasse, weil man länger Beiträge zahlt und dafür kürzere Zeit Leistungsempfänger ist. Nun wissen sicherlich auch die Mitglieder jener Kommission, die manche schon als Ulla Schmidts-Chaos-Club bezeichnen, wie die Realität in den Betrieben aussieht. Eine höhere Altersgrenze bedeutet nicht, dass die 64-jährigen zurückgeholt werden. Es bedeutet nur höhere Abschläge, wenn man mit 60 oder 63 in Rente geht. „Anhebung der Altersgrenze“, das klingt so viel schöner als wenn man das hässliche Wort Kürzung in den Mund nimmt - in der sprachlichen Verpackung sind in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht worden. Man denke nur an das „Negativwachstum“ oder die Ich-AG, diese staatlich anerkannte Scheinselbstständigkeit, hinter der sich eine armselige Kümmerexistenz verbirgt.

Die Erhöhung des Rentenalters wird mit uns nicht zu machen sein.

Schaut man nach Frankreich und nach Österreich, so stellt man fest, dass dort auch alle Selbstständigen in die Sozialversicherung einbezogen sind. Dies schafft für die solidarische

Versicherung eine breitere Basis, erhöht das durchschnittliche Beitragsaufkommen und erweitert so die Handlungsspielräume der Versicherungen. In einigen kleinen Bereichen wie in der Künstlersozialversicherung haben wir schon heute die Selbstständigen einbezogen. Besondere Probleme ergeben sich nicht. Warum sollte man nicht dem österreichischen und dem französischen Vorbild folgen? Dies bedeutet: Aus der Arbeitnehmersversicherung wird eine Erwerbstätigenversicherung, der Einzelne kann auch zwischen abhängiger und selbstständiger Tätigkeit wählen, ohne deshalb Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Auch die Beamten sollten einbezogen werden.

Die Riester-Rente enthält im Ansatz eine ganze Reihe vernünftiger Gedanken. So steigt etwa die staatliche Zulage mit der Kinderzahl, was diejenigen begünstigt, die durch ihre eigene Familiengründung zur Sicherung unserer Renten beigetragen haben. Die Riester-Rente hat nur einen gravierenden Nachteil: Es gibt kaum einen, der sie in allen ihren Verästelungen verstanden hat. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte musste die Stiftung Warentest ihre Zeitschrift zurückziehen, weil man sich schlicht verrechnet hatte. Für den Einzelnen sind die Paragraphen und Formeln ein undurchdringliches Dickicht - hier könnten ein paar Ministerialbeamte und ein paar Parlamentarier mal nützliche Arbeit leisten und das Recht ein bisschen näher an den Bürger heranzuführen.

Schließlich muss die Rentenversicherung zahlreiche Leistungen erbringen, denen in der Vergangenheit keine Beiträge gegenüberstanden. Ich meine damit insbesondere den Personenkreis, der in der früheren DDR oder im Osten lebte und dessen Beiträge unserer Rentenversicherung nicht oder nur eingeschränkt zugute kamen. Diese Mitbürger trotzdem ohne Abstriche gleich zu behandeln, ist eine politisch völlig richtige Entscheidung. Nur ist dies eine politische Entscheidung, für die deshalb der

Staatshaushalt eintreten muss. Der Staat hat deshalb die Verpflichtung, die Rentenkassen in angemessenem Umfang aufzufüllen.

Wenn hier nichts geschieht, wird für viele die Altersarmut ein unvermeidbares Schicksal. Für ein reiches Land wie das unsrige wäre dies eine Schande.

Zur Krankenversicherung - meinem zweiten Punkt - nur ein paar Worte. Von einer guten Gesundheitsversorgung hängt alles andere ab. Wer nicht die nötige medizinische Hilfe bekommt, braucht sich um Rente und Arbeitsmarkt keine Gedanken mehr zu machen.

Der herrschende Trend geht wieder mal in Richtung auf mehr „Eigenverantwortung“. Das ist auch so ein schön klingendes Wort - wer könnte da wirklich dagegen sein? Dahinter verbirgt sich im Klartext nichts anderes, als dass der Einzelne mehr für Medikamente und Krankenhaus bezahlen soll. Der verantwortliche Bürger wird sich freuen, wenn er seiner Verantwortung materiellen Ausdruck geben darf.

Gesundheit soll also teurer werden und damit für viele nicht mehr bezahlbar. Damit wird ein Grundpfeiler des Sozialstaats angegriffen. Statt dessen sollte man die Versicherungspflichtgrenze Stück für Stück nach oben verschieben, um auch Hochverdiener ihren Möglichkeiten entsprechend heranzuziehen. Dasselbe gilt für die Selbstständigen.

Zum dritten Punkt. Am 14. März konnten wir einer Regierungserklärung lauschen. Eineinhalb Stunden hat der Kanzler geredet und von Reformen auf dem Arbeitsmarkt gesprochen. Dabei hat er ein Programm für mehr Arbeitslosigkeit entwickelt.

Ja, das war kein Versprecher. Die Kanzlervorschläge haben alle Chancen, uns noch tiefer in die Sackgasse zu führen. Dazu zwei Überlegungen.

Das Arbeitslosengeld soll auf 12 Monate, bei Älteren auf 18 Monate beschränkt werden. Die Arbeitslosenhilfe wird auf das Niveau der Sozialhilfe abgesenkt. Dies wäre nicht nur für die Betroffenen eine Katastrophe, sondern würde noch mehr Nachfrage vom Markt wegnehmen. Wer Arbeitslosenunterstützung bezieht, legt das Geld nicht auf die hohe Kante, sondern gibt es notgedrungen ermaßen wieder aus. Wenn man ihm davon etwas wegnimmt, wird eben im Handel und bei Dienstleistungen noch weniger nachgefragt; die Umsätze gehen weiter zurück. Weitere Arbeitsplätze kommen in Gefahr. Das kommunale Investitionsprogramm schafft keine vollen Ausgleich, weil diese neue Nachfrage auch viele Anbieter anlocken wird, die nichts mit dem deutschen Markt zu tun haben.

Zum zweiten soll der Kündigungsschutz irgendwie abgebaut werden, wie genau, das weiß bislang keiner. Nur die Richtung liegt fest. Es gibt Überlegungen, den Kündigungsschutz erst bei Betrieben ab 10 Beschäftigten eingreifen zu lassen oder ihn durch eine Abfindung zu ersetzen. Die Vorstellung ist, dass dadurch leichter eingestellt wird. Doch wer stellt ein, wenn gar keine Arbeit vorhanden ist? Selbst wenn man den Kündigungsschutz auf Null bringen würde, hätte man damit keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen. Im Gegenteil: Weniger Kündigungsschutz bedeutet **leichteren Personalabbau**. Ohne soziale Auswahl kann man gerade ältere Arbeitnehmer - so ab 45 - hinaussetzen, weil man vermutet, dass sie weniger Leistung bringen.

Warum hat uns der Kanzler ein solches Verschlimmerungsprojekt beschert? Wahrscheinlich gibt es kaum Leute in seiner Umge-

bung, die ihm noch offen die Meinung sagen. Jeder fürchtet, seine Karriere könnte einen Knick bekommen. Im Zeitalter der Kaiser und Könige gab es dies auch schon, weil seine Majestät höchst angefasst reagieren konnte. Damals gab es aber wenigstens noch einen Hofnarren, dem wir den überkommenen Spruch verdanken: Kinder und Narren sagen die Wahrheit.

Lieber Gerd, es ist Zeit, dass du aufhörst, das Volk nur noch über Meinungsumfragen wahrzunehmen. Wir haben dich 1998 und 2002 nicht gewählt, damit du die Politik von Helmut Kohl aus der Mottenkiste hervorholst. Es darf nicht wieder dazu kommen, dass es heißt: Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten.

Kolleginnen und Kollegen unterstützt das Mitgliederbegehren in der SPD.

Zum vierten Punkt. In der Außenpolitik hat der Bundeskanzler eine sehr viel bessere Figur gemacht. Er stand zu seinem Wort und hat den Angriffskrieg der USA gegen Regierung und Volk des Irak verurteilt. Das verdient unsere Anerkennung.

Manche haben sich allerdings die Frage gestellt, warum wir den USA die Überflugrechte nicht entzogen haben. Würden irgendwelche Bankräuber in meiner Gegend einen Einbruch planen und über mein Grundstück marschieren wollen, würde ich ihnen das nicht gestatten. Würde ich mich anders verhalten und sie durchlassen, käme bald eine Anklage der Staatsanwaltschaft ins Haus: Beihilfe zum Bankraub. Ich will die US-Armee nicht mit **kleinen Bankräubern** vergleichen, aber dass hier ein Problem liegt, ist nicht zu übersehen.

Die Sieger marschieren jetzt über die Straßen von Bagdad und haben das Völkerrecht mit Füßen getreten. Dies darf sich nicht wiederholen. Wenn hier nicht von vielen Völkern und Regierun-

gen ein kategorisches Nein gesagt wird, werden wir über kurz oder lang alle zu reinen Befehlsempfängern. Und nicht nur das. Wie der brasilianische Theologe Leonardo Boff geschrieben hat: Der amerikanische Imperialismus erobert nicht nur Gebiete, er exportiert seine Lebensform, seine Kultur, seine Gesellschaftsstruktur.

Genau wie andere Völker wollen wir nicht unter dem Diktat des Profitprinzips leben, in einer Ordnung, wo alles zur Ware wird. Wir wollen nicht leben wie in den USA, wo ein gutes Drittel der Bevölkerung vom sozialen Leben mehr oder weniger ausgeschlossen ist und in den Ghettos der Großstädte kampiert. Wir wollen kein hire-and-fire in den Betrieben, weil es Freiheit und Sicherheit des Einzelnen zerstört. Der Markt hat seine positiven Seiten, aber wir brauchen breite Lebensbereiche, in denen das Solidaritätsprinzip gilt: In der Familie, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in der Gewerkschaft, im Verein. Es ist Zeit, dass wir uns auf diese europäischen Werte besinnen und zurückkehren zum aufrechten Gang im Betrieb.

Vor 70 Jahren, am 2. Mai 1933, sind die deutschen Gewerkschaften von den Faschisten zerschlagen worden. Was dann kam, wissen wir alle. Starke Gewerkschaften sind der wichtigste Schutz gegen einen Rückfall in die Barbarei. Das galt damals, dies gilt auch heute. Die Barbarei hat mittlerweile nur ein anderes Gesicht: Sie verbirgt sich hinter vielen schönen Phrasen der Freiheit, der Verantwortung, des Kampfes gegen den Terror: Doch dahinter steckt der alte Gegensatz von oben und unten, von Macht und Ohnmacht, von Kapital und Arbeit. Setzen wir dem Reich des Profits das Modell einer solidarischen Gesellschaft entgegen. Millionen sind stärker als Millionäre - gestern, heute und morgen.

Wolfgang Däubler